

# Mazedonien

Oliver Schwarz

Der im April 2008 gescheiterte NATO-Beitritt des Landes hat die innenpolitische Stellung des mazedonischen Ministerpräsidenten Nikola Gruevski vorläufig nicht gefährden können. Die aus den vorgezogenen Neuwahlen im Juni 2008 hervorgegangene Regierungskoalition zwischen der konservativen VMRO-DPMNE und der albanischen Demokratischen Union für Integration (DUI) verfügt nicht nur über eine einfache Zweidrittelmehrheit im Parlament, sondern auch über die Mehrheit der parlamentarischen Vertreter der Minderheiten (doppelte Mehrheit). Diese Machtposition konnte die VMRO-DPMNE bei den Kommunalwahlen im Jahr 2009 weiter ausbauen. Auch bei den zeitgleich durchgeführten Präsidentschaftswahlen setzte sich der Kandidat der amtierenden Regierungspartei durch.

## Wirtschaft und Inneres

Infolge der internationalen Finanzkrise hat sich das Wirtschaftswachstum Mazedoniens zunächst verlangsamt und ging zu Beginn des Jahres 2009 sogar um 0,9% zurück. Aufgrund der niedrigen internationalen Energie- und Rohstoffpreise konnte die Inflation von zuletzt 11,2% auf 3,5% zurückgeführt werden. Eine dauerhafte Herausforderung besteht hingegen bei der Arbeitslosigkeit, die mit 32,7% weiterhin auf enorm hohem Niveau verbleibt.<sup>1</sup>

Das politische System Mazedoniens hat sich im Zuge des Ohrider Abkommens weitestgehend konsolidiert. Der von massiven Konflikten überschattete erste Wahlgang der Parlamentswahlen am 1. Juni 2008 hat jedoch deutlich gezeigt, wie weit Mazedonien noch von der völligen Implementierung des im August 2001 erzielten Abkommens entfernt ist.<sup>2</sup> Auch der notwendige zweite Wahlgang am 15. Juni 2008 wurde von Kommentatoren zwar als „friedlich, aber nicht demokratisch“ bezeichnet.<sup>3</sup> Ähnlich wie nach den Wahlen im Juli 2006 kam es zu Boykottmaßnahmen der Oppositionsparteien, so dass das Parlament bei der Annahme von Gesetzen wiederholt auf das Dringlichkeitsverfahren zurückgreifen musste. Der im November 2008 von der Europäischen Kommission veröffentlichte Fortschrittsbericht monierte daher insbesondere das Fehlen eines konstruktiven politischen Dialogs zwischen den größten politischen Parteien und Akteuren Mazedoniens.<sup>4</sup> Insofern kann der Verlauf der am 22. März und 5. April 2009 durchgeführten Kommunal- und Präsidentschaftswahlen als hoffnungsvolles Zeichen gewertet werden.<sup>5</sup> Die Regierung Gruevski hatte im Vorfeld sämtliche Bemühungen darauf konzentriert, für einen möglichst reibungslosen Wahlablauf zu sorgen. Als deutlicher Wahlsieger ging bei der Abstimmung

---

1 Vgl. European Commission: EU Candidate and Pre-accession Countries' Economic Quarterly, Brüssel, 08.07.2009, S. 11.

2 Vgl. OSCE/ODIHR: Final Report on the 1 June 2008 Parliamentary Elections in the Former Yugoslav Republic of Macedonia, Warschau, 20.08.2008.

3 Michael Martens: Friedlich, aber nicht demokratisch, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.06.2008, S. 5.

4 Vgl. European Commission: The former Yugoslav Republic of Macedonia 2008 Progress Report (SEC(2008) 2695), Brüssel, 05.11.2008, S. 6ff.

5 Vgl. OSCE/ODIHR: Final report on the 22 March and 5 April 2009 presidential and municipal elections in the former Yugoslav Republic of Macedonia, Warschau, 30.06.2009.

Gjorge Ivanov hervor, so dass nun die beiden wichtigsten Staatsämter von der VMRO-DPMNE gestellt werden. Ivanovs Vorgänger, der Sozialdemokrat Branko Crvenkovski, wurde im Juni 2009 zum neuen SDSM-Vorsitzenden gewählt. Crvenkovski hatte sich in der Vergangenheit für einen kompromissbereiteren Kurs gegenüber Griechenland ausgesprochen, um den euroatlantischen Integrationskurs des Landes nicht zu gefährden.

### **Euroatlantische Integration**

Oberste außenpolitische Priorität der neuen Regierung stellt weiterhin der Beginn von Beitrittsverhandlungen mit der EU dar. Freilich konfligiert dieses Vorhaben mit dem parallelen Ziel der VMRO-DPMNE, den verfassungsmäßigen Namen des Landes zu bewahren. Gruevskis Partei bevorzugt eine „doppelte Formel“ für die Lösung des seit Jahren andauernden Namensstreites mit Griechenland. Demnach würde Mazedonien den Verfassungsnamen „Republik Mazedonien“ in seinen Beziehungen mit Drittstaaten und internationalen Organisationen verwenden können und nur in seinen Kontakten mit Griechenland einen mit Athen zu verhandelnden Namen benutzen. Eine derartige Lösung wird jedoch von griechischer Seite vehement zurückgewiesen und ist daher auch von UN-Vermittler Matthew Nimetz nicht weiter aktiv in den Verhandlungen befördert worden.<sup>6</sup>

Nachdem die strittige Namensfrage im April 2008 bereits den Beitritt Mazedoniens zur NATO verhinderte und Skopje aus diesem Grund im November 2008 eine Klage beim Internationalen Gerichtshof (IGH) eingereicht hat, belastet der griechisch-mazedonische Konflikt zunehmend auch den europäischen Integrationskurs des Landes.<sup>7</sup> Aufgrund von internen Differenzen über den Annäherungskurs Mazedoniens an die EU und die Haltung der Regierung in der Namensfrage trat im Juni 2009 der mazedonische Vizepremier und gleichzeitige Minister für europäische Integration, Ivica Bocevski, zurück. Bocevskis Bemühungen in Brüssel wurden zuletzt durch die von seiner Partei forcierte „Antikisierungspolitik“ konterkariert. So gab die mazedonische Regierung im Januar 2009 die Umbenennung des von Skopje nach Thessaloniki führenden Teilstücks des Paneuropäischen Verkehrskorridors X in „Alexander von Mazedonien“ bekannt. Als Begründer des Hellenismus in der Antike gilt Alexander auch im Griechenland der Neuzeit weithin als Nationalheld. Des Weiteren wurde das Gradski Stadion in Skopje nach Alexanders Vater umbenannt und trägt seither den Namen „Philipp II Arena“.<sup>8</sup> Wenig später wurden zudem Pläne der Regierung publik, im Stadtzentrum Skopjes ein 22 Meter hohes Bronze-Standbild Alexanders zu errichten.<sup>9</sup>

Gruevski nutzte den Rücktritt Bocevskis zur Umstellung seines Kabinetts, indem er sowohl das Bildungs-, als auch das Landwirtschafts- sowie das Finanzministerium neu besetzte. Darüber hinaus wurde auch der zweite Vizepremier für ausländische Investitionen abgelöst. Als neuen Vizepremier für Europafragen berief Gruevski Vasko Naumovski in sein Kabinett.<sup>10</sup> Sollte aufgrund der Namensfrage der euroatlantische Integrationskurs des Landes jedoch weiterhin verhindert bleiben, könnte Gruevski sich einer unverändert angespannten innenpolitischen Situation gegenüber sehen.<sup>11</sup>

---

6 Vgl. International Crisis Group: Macedonia's Name: Breaking the Deadlock (Europe Briefing No. 52), Priština/Brüssel, Januar 2009.

7 Vgl. Oliver Schwarz: Verhandlungen zwischen Griechenland und Mazedonien über die Beilegung der Namensfrage, in: Südosteuropa Mitteilungen 3/2008, S. 16-31.

8 Vgl. Balkan Insight: Macedonia debuts „Alexander“ highway, 06.01.2009.

9 Vgl. Balkan Insight: „Singing Alexander“ statue planned in Macedonia, 11.02.2009.

10 Vgl. Henri Bohnet: Regierungsumbildung in Mazedonien (KAS-Auslandsbericht), Skopje, 16.07.2009.

11 Vgl. Solveig Richter: Zielkonflikte der EU-Erweiterungspolitik. Kroatien und Mazedonien zwischen Stabilität und Demokratie (SWP-Studie 19), Berlin, Juli 2009, S. 28.